

Helmholtzstraße 28,  
Tel. 0211-994160  
info@laga-nrw.de

40215 Düsseldorf  
Fax 0211-9941615  
www.laga-nrw.de



## **Pressemitteilung vom 24.09.2008**

### **Politische Entscheidung zum kommunalen Wahlrecht muss kommen**

#### **Kein Verstecken hinter Einzelmeinung**

„Das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger ist nicht vom Tisch, wie die Unionsfraktion meint.“ Tayfun Keltek, Vorsitzender der LAGA NRW erwartet eine politische Entscheidung des Parlaments. Bei der Anhörung im Bundestag habe sich gezeigt, so Keltek weiter, „dass es ganz unterschiedliche Auffassungen der Staatsrechtler zum kommunalen Wahlrecht gibt. Die CDU/CSU darf sich jetzt nicht hinter der Meinung von zwei Staatsrechtlern verstecken.“ Insgesamt wurden im Bundestag sieben Experten angehört. Dabei kamen ganz unterschiedliche Meinungen heraus. „Eine politische Entscheidung für mehr Teilhabe ist jetzt notwendig“, fordert Keltek.

Politische Beteiligung für Migranten sei „keine Belohnung“ für Integration, sondern wesentlicher Bestandteil des Integrationsprozesses. Keltek: „Wer das Gemeinwesen mitgestalten darf, übernimmt schneller mehr Verantwortung. Das ist für die gesellschaftliche Integration von Migranten jeglicher Herkunft wichtig. Alle Fraktionen außer der CDU/CSU haben eine Zustimmung zu einer Grundgesetzänderung, wie sie die Verfassungsrichter zu Beginn der 90er Jahre gefordert haben, signalisiert. Jetzt liegt es an der Union zu zeigen, wie ernst es ihr mit der Integration und Partizipation von Migranten tatsächlich ist.“

1990 scheiterte das kommunale Wahlrecht vor dem Verfassungsgericht, weil die Richter der Auffassung waren, dass es zuvor eine entsprechende Änderung des Artikels 29 geben müsse. Nach Einführung des kommunalen Wahlrechts für EU-Bürger gibt es nach Auffassung der LAGA NRW bereits eine Wahlberechtigung für Nicht-Deutsche, ohne dass dazu eine Grundgesetzänderung gegeben hätte. „Jetzt ist es an der Zeit gleiche Rechte für alle herzustellen. Schließlich ist der Grundsatz der Gleichbehandlung ein ganz wesentlicher Grundwert unserer Verfassung“, meint Keltek.